



29.06.2024

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,  
sehr geehrter Herr Vizekanzler,  
sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister,

Sie verhandeln in diesen Tagen über den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2025. Wir sind zutiefst besorgt über die drohenden Kürzungen und rufen Sie auf, Ihren Kurs zu korrigieren.

In einer Zeit, in der der internationale Druck auf Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland steigt, sich die Klimakrise verschärft und die soziale Ungleichheit zunimmt, braucht es eine Finanz- und Haushaltspolitik, die die aktuellen nationalen und internationalen Herausforderungen anerkennt, den sozialen Zusammenhalt stärkt und mutig in die Zukunft investiert.

Lassen Sie nicht länger zu, dass notwendige Investitionen in Klimaschutz, die soziale Sicherung, Demokratieförderung oder zur Sanierung der öffentlichen Infrastruktur gegeneinander ausgespielt werden. Das fördert die Entsolidarisierung unserer Gesellschaft und spielt den Feinden unserer Demokratie in die Hände.

Die Kürzung von öffentlichen Investitionen in Infrastruktur, soziale Daseinsvorsorge und Klimaschutz wird besonders diejenigen hart treffen, für die sich der finanzielle Druck aufgrund der Krisen der vergangenen Jahre bereits deutlich erhöht hat. Ein Fünftel der Bevölkerung ist bereits heute von Armut bedroht und kann weitere Einschnitte nicht mehr auffangen. Aber auch darüber hinaus, bis in die Mittelschicht hinein, sind gestiegene Mieten, Lebensmittel- und Energiepreise zu einer Belastung geworden.

Anstatt Ausgaben zu kürzen, fordern wir Sie auf, die Handlungsfähigkeit unseres Staates zu erhalten. Wir brauchen einen Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern in einem sich wandelnden Lebens- und Arbeitsumfeld die notwendige Sicherheit bietet, sie bei notwendigen Klimaschutzmaßnahmen gezielt unterstützt, die Modernisierung der

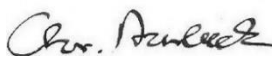
öffentlichen Infrastruktur vorantreibt und mit der Dekarbonisierung der Wirtschaft die Chancen für zukünftigen Wohlstand eröffnet.

Wir appellieren daher eindringlich an Sie, alle Möglichkeiten einer erweiterten Kreditaufnahme für den Bundeshaushalt 2025 auszuschöpfen und die angekündigten Kürzungen abzuwenden. Folgen Sie den Empfehlungen zahlreicher nationaler und internationaler Wissenschaftler\*innen und Institutionen für eine Ausweitung der Nettokreditaufnahme. Die notwendige Reform der Schuldenbremse darf nicht länger blockiert werden. Es besteht Einigkeit darin, dass die Schuldenbremse einerseits in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs mehr Spielraum für wohlfördernde Maßnahmen lassen und andererseits mehr Investitionen ermöglichen muss.

Angesichts des massiven Investitionsstaus in den Bereichen Infrastruktur, Digitalisierung, Bildung und Kultur, Gesundheitswesen sowie bezahlbarer Wohnraum braucht es eine bedarfsgerechte Steigerung der öffentlichen Investitionstätigkeit. Hinzu kommen die steigenden Bedarfe für sozial gerechten Klimaschutz und Klimaanpassung. Dies macht es notwendig, Zukunftsinvestitionen von der Schuldenbremse auszunehmen und per Kreditaufnahme zu finanzieren.

Wir fordern Sie daher eindringlich auf: Stoppen Sie die Kürzungen, stärken Sie die Demokratie und erneuern Sie Ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, in die Modernisierung dieses Landes zu investieren.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Christiane Averbeck  
Geschäftsführende Vorständin  
Klima-Allianz Deutschland



Stefan Körzell  
Mitglied des  
Geschäftsführenden DGB-  
Bundesvorstands



Prof. Dr. Kai Niebert  
Präsident Deutscher  
Naturschutzring



Olaf Zimmermann  
Geschäftsführer Deutscher  
Kulturrat



Michael Groß  
Vorsitzender Präsidium AWO  
Bundesverband



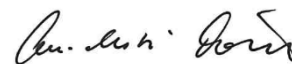
Olaf Bandt  
Vorsitzender Bund für Umwelt  
und Naturschutz Deutschland



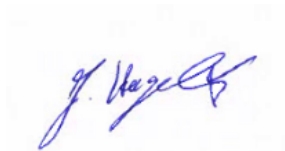
Lukas Siebenkotten  
Präsident Deutscher  
Mieterbund



Pfarrer Rüdiger Schuch  
Präsident Diakonie  
Deutschland



Landeskirchenrat Dr. Jan-Dirk  
Döhling, Leiter Institut für Kirche  
und Gesellschaft der  
Evangelischen Kirche von  
Westfalen



Joachim Hagelskamp,  
Stv. Hauptgeschäftsführung  
Der Paritätische  
Gesamtverband



Michaela Engelmeier  
Vorstandsvorsitzende  
Sozialverband Deutschland



Carl Mühlbach  
Geschäftsführer Fiscal Future



Verena Bentele  
Präsidentin Sozialverband VdK  
Deutschland



Heike Vesper  
Vorständin Transformation  
Politik & Wirtschaft beim WWF  
Deutschland



Martin Kaiser  
Vorstand Greenpeace  
Deutschland



Christoph Bals  
Politischer Geschäftsführer  
Germanwatch

**Kontakt:**

**Klima-Allianz Deutschland**

Daniel Eggstein, Referent Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit  
030/780 899 525 / daniel.eggstein@klima-allianz.de

**Deutscher Gewerkschaftsbund**

Henriette Neumann, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik  
030 2 40 60 510 / henriette.neumann@dgb.de